

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. Der Bezugspreis beträgt für das Dienstjahr 4 1/2 Mark, monatlich 7 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 7 Pfennig. Nach auswärts Postzuschlag.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhof-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expositionen angenommen. Die schlagzeilige Beilage kostet 0 Pfennig, die Klammerbeilage 50 Pfennig.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Sernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder. Anzeigenpreis für die neugegründete Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 80 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs

Nr. 20.

Postfach-Konto: Berlin 62 448

Sonnabend, den 16. Februar 1924

Postfach-Konto Berlin 62448.

23. Jahrg.

### Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

In Borgsdorf (Dorf) erfolgt die Reinigung der Schornsteine am Montag, d. 18. d. Mts. und in Borgsdorf (Haltestelle) am Dienstag, den 19. d. Mts.  
Birkenwerder, den 16. Februar 1924.  
Der Amtsvorsteher. Jung.

### Der Amtsvorsteher von Oranienburg-Forst.

Auf Grund des § 6 des Kommunalabgabengesetzes v. 14. Juli 1898 und des Beschlusses des Amtsausschusses v. 28. Januar 1924 wird bestimmt:  
Alle zu der Gebührenordnung für die Genehmigung und Bewilligung von Neubauten, Umbauten und anderen baulichen Veränderungen erlassenen Nachträge werden mit dem 31. Januar 1924 außer Kraft gesetzt. Vom 1. Februar 1924 ab werden die in der Gebührenordnung festgesetzten Gebühren in Goldmark erhoben.  
Der Amtsvorsteher für Oranienburg-Forst. Kühn.

### Hohen Neuendorf.

Der Amtsvorsteher macht bekannt:  
Ein junger schwarzbrauner Hund zugelaufen.

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:  
Gemeindevorsteher.

Im Gemeindevorsteher für Monat Februar d. Js. ist derselbe Betrag wie für Januar d. Js. am 15. d. Mts. fällig. Beide Beträge gelten als Vorauszahlungen auf die Gemeindevorsteher für 1924. Ueber die endgültigen Zahlungen ergibt Bekanntmachung, sobald weitere gesetzliche Bestimmungen vorliegen.

### Kurze Nachrichten.

Der neue deutsche Gesandte für Belgien, von Keller, wird seinen Posten gegen Ende Februar antreten und am 28. Februar sein Beglaubigungsschreiben überreichen.

Die Rheinlandkommission hat beschlossen, zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung zwei Kompagnien französische Infanterie nach Birmansien zu entsenden.

Auf Grund der von Deutschland in Genf gemachten Mitteilung von der Verlängerung der Arbeitszeit auf neun bzw. zehn Stunden tritt die Reichsregierungsverwaltung in den nächsten Tagen den Beschlüssen in einen Meinungsaustrausch darüber ein, ob gegen diese deutsche Maßnahmen mit Gegenmaßnahmen vorgegangen werden solle.

Auf einer Feier zum Gedächtnis des 135. Geburtstages Babelsbergers in München stellte Ministerialdirektor Meißner mit, daß von Oftern 1924 ab die Stenographie an allen staatlichen höheren Lehranstalten Bayerns zum Pflichtfach erhoben werden soll.

Richard Strauß hat mit der Wiener Staatsoper einen neuen Vertrag abgeschlossen, der ihn für weitere fünf Jahre als Direktor an dieses Opernhaus festsetzt. Sein Gehalt beträgt 40 Millionen Kronen im Monat.

### Aufhebung des Ausnahmezustandes ab 1. März.

Der Chef der Geresellschaft, General von Seest, hat Mittwoch an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in welchem er die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Vorschlag bringt.

Der Reichspräsident ist in seinem Antwortschreiben dem Vorschlag beigetreten und beauftragt in Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichskanzler die Verordnung über den Ausnahmezustand am 1. März aufzuheben.

### Schreckens-Ende der Pfälzer Separatisten.

Die Separatisten-Herrschaft, die in den letzten Tagen im Rheinland und in Rheinhesien ein so unheimliches Ende fand, hat im Laufe des Mittwochs in Birmansien und Kaiserslautern in der Pfalz blutige Kämpfe mit der aufs schwerste gefährdeten deutschen Bevölkerung ausgebrochen, da die Separatisten hier einen letzten Versuch machten, gemordete Soldaten zu retten. Nach den letzten Meldungen beträgt die Gesamtzahl der in Birmansien bei den Kämpfen getöteten Personen 40. Die Stadtwahlung fürchtet, daß die Separatisten sich auswärts zusammenrotten könnten, um aufs neue zu versuchen, in Birmansien die Herrschaft wieder zu erlangen. Die Bürgerwehr hat sich zur Wehr gut gerüstet.

Von Birmansien aus legte sich die Aktion zur Austreibung der Separatisten über die ganze Pfalz fort. Zu blutigen Kämpfen kam es in der Hauptstadt Kaiserslautern, wo im Gegenatz zu Birmansien die Befestigungsstellungen sich nicht neutral verhielten, sondern von Marokkanern die Menge von dem Gedäube, das zugleich Hauptquartier der Separatisten und Sitz des französischen Bezirks befehligten ist, verteidigt. Ein Bürger von Kaiserslautern wurde gefesselt; die Zahl der verwundeten Polizeibeamten und Separatisten liegt noch nicht fest. Die Aufzehrung der Bevölkerung ist ungeheuer. Tausende durchziehen die Straßen.

### „Sanktionen“ gegen Birmansien.

Paris, 14. Februar. Nach einer Hauptmeldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission außer dem Belagerungszustand nach folgende weitere Sanktionen über Birmansien verhängt: 1. Sämtliche nationale Verbände in Birmansien werden aufgelöst. 2. Die „Ueberer“ der Unruhen werden vor ein Kriegsgericht gestellt. 3. Der Automobilverkehr ist verboten. 4. Während der Nachtstunden ist auch jeder andere Verkehr verboten. 5. Sämtliche Behörden im Bereich der Pfalz werden gesperrt. 6. Die deutsche Polizei wird dem Befehl der Befehlsgewalt unterstellt.

### Die Sachverständigenarbeit beendet

Herausgabe eines deutschen Weißbuchs.

Die Tätigkeit beider nach Berlin entsandten Sachverständigenkommissionen zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit ist mit dem Schluß der Verhandlungen auch des Ersten Ausschusses beendet. Als wesentlicher Erfolg kann die Klärung über die Notenbank angesehen werden. Die Mitglieder des Ersten Ausschusses sind zum Teil in ihre Heimat, zum Teil nach Paris, abgereist. Die deutsche Regierung beabsichtigt, das gesamte Untersuchungsmaterial, das für die Besprechungen gedient hat, in einem umfangreichen Weißbuch zu veröffentlichen. Die Denkschrift, die von der deutschen Regierung den Ausschüssen überreicht worden ist, wird Ende der Woche bekannt gegeben werden. Den Bericht der Kommissionen erwartet man Mitte März.

### Abschiedsbefuch des Generals Dawes.

Beim Reichskanzler.

Der Vorsitzende des Ersten Sachverständigenausschusses, General Charles Gales Dawes, besuchte vor der Abreise den Reichskanzler, um auf Wunsch Dank auszusprechen für die wirksame Unterstützung, welche die deutsche Regierung den hiesigen Arbeiten des Ausschusses habe zuwenden lassen. Der General führte aus, die deutsche Regierung habe alle Auskünfte erteilt, welche das Komitee erbeten habe. Er wüßte hierfür zu danken sowie für die aufmerksame und freundliche Aufnahme, welche der Ausschuss erfahren habe. Der Reichskanzler dankte dem General für seinen Besuch und daß ihn, auch den übrigen Mitgliedern des Ausschusses seine Genehmigung darüber zum Ausdruck zu bringen, daß die Mitarbeit der deutschen Regierung in dieser Weise gewürdigt worden sei.

### Neue Pfalzvorschlüge Frankreichs.

Kritisch-französische Besprechungen.

Die französische Regierung hat der Londoner Regierung eine neue Note in der Pfalzfrage zugehen lassen, in der vorgeschlagen wird, daß die Oberkommissare in Koblenz die Instruktion erhalten, nach besten Kräften die augenblicklichen Schwierigkeiten zu lösen und die Verwaltung des Landes in der Weise in die Hand zu nehmen, daß vor allem die im Amt gebliebenen Beamten Verwendung finden, und daß die Richter für sich im Heibelberg aufhalten. Ausgeschlossen sind ohne Kontrolle und ohne Unterbrechung zugelassen. Es sind bereits Besprechungen zwischen dem Oberkommissar Tirard und Lord Rillmanrod im Gange. Strenge ein Ergebnis ist noch nicht bekannt.

### Coolidge für Ausgleich und Abrüstung.

Der Präsident der Vereinigten Staaten, Coolidge, hat bei der Gedächtnisfeier zu Ehren Vincents vor etwa 2000 Mitgliedern des Nationalrepublikanischen Klubs eine längere politische Rede gehalten. Indirekt regte er dabei eine internationale Abrüstungskonferenz an. Im Verlauf seiner Rede wies er auf die voraussichtlichen Ergebnisse der Arbeiten der beiden Sachverständigenausschüsse Dawes und Mac Kenna hin, die sich als sehr verheißungsvoll ankündigen. Mit Hinblick auf die Lage in Europa sagte Coolidge: „Unsere Regierung wünscht nirgends Krieg, sie wünscht überall Frieden. Sie legte sich indessen davon Rechenschaft ab, daß jede Regierung militärische Einrichtungen aus Gründen der nationalen Verteidigung und zur Wahrung seiner territorialen Souveränität aufrechterhalten muß. Wir haben aber zu großen Anstößen kein Vertrauen; besonders sind wir gegen jedes Beitritts. Die Anwesenheit von Amerikanern in den Sachverständigenausschüssen gab Hoffnung auf Erreichung eines sowohl für Frankreich wie für Deutschland annehmbaren Ausgleiches.“

### Blutiger Zusammenstoß in Ettlin.

Als Mittwoch nachmittags um 6 Uhr nach Arbeitschluß auf der Bulten-Berit die Arbeiter die Werke verließen, sammelten sich auf der Straße vor der Berrt etwa 400 bis 500 meist junge Leute, die dann mit einer roten Fahne und unter Abklingen der Internationale stadteinwärts marschierten. An der Gede Bulten und Wolf-Strasse wurde die hier bereitgestellte Reite der Schutzpolizei — sie bestand nur aus einem Offizier und neun Wachmännern — aus der Menge und aus mehreren Dutzend Leuten beschossen. Der Polizeioberwachmeister Krause wurde durch einen Kopfschuß verletzt und brach bewußungslos zusammen. Die Polizei erwiderte das Feuer, worauf die Menge panisch nach allen Seiten auseinanderlief. Ein Koter und sechs oder sieben Verwundete blieben am Plage.

### Bank-Lages-Drama.

Stuttgarter. Herr Carl K... der dritte Sohn des Herzogs Württemberg, ist in den Besessenenorden eingetreten. Er hat den Namen Freier Odo erhalten.

### Der französische Botschafter bei Dr. Stresemann.

Zu einer längeren Unterredung des Außenministers Dr. Stresemann mit dem französischen Botschafter in Berlin wird mitgeteilt, daß die Unterredung zu einer längeren Aussprache über den gesamten Fragenkomplex führte, welcher einige Tage vorher zwischen Herrn von Borch und Poincaré behandelt wurde.

### Unfallversicherungreform zurückgezogen.

Die Vorlage über Renten und Kapitalabfindung in der Unfallversicherung, die vorseit, daß Renten unter 20 % überhaupt nicht mehr gewährt und bei Beschädigung unter 30 % Kapitalabfindung eintreten soll, ist von der Regierung zurückgezogen worden. Bei der Aussprache über die Vorlage im Finanzausschuß des Reichstages ergaben sich große Unstimmigkeiten.

### Keine Heraushebung des Reichsstaatsanwalts.

Nach einer Meldung sollte beabsichtigt sein, bei der Reform des Reichsstaatsanwalts das wahlberechtigte Alter von 20 auf 25 Jahre heranzusetzen. Demgegenüber wird festgestellt, daß der kürzlich vom Reichsministerium angenommene Entwurf zur Abänderung des Reichsstaatsgesetzes irgend eine Bestimmung dieser Art nicht enthält. Die „Deutsche Reichsbahn“ unerfüllbar.

Bei der Beratung der Verordnung über das „Unternehmen Deutsche Reichsbahn“ im Reichstage hat der Reichsverkehrsminister zu der Frage, ob das Unternehmen von sich aus Teile der Reichsbahn veräußern könne, erklärt, daß das Unternehmen auch zur Veräußerung einzelner Strecken nicht befugt sei. Das gilt auch für die Nebenbetriebe. Die Beamten bleiben Reichsbeamte.

### Zum Opfertag für die besetzten Gebiete

für die Pfalz und die übrigen besetzten Gebiete am 17. Februar erlassen jähresliche Verbände und politische Parteien einen Aufruf an das deutsche Volk. Es heißt darin: Treu stehen wir zu Pfalz und Rheinland, die tren und tapfer gegen hochverräterische Bestrebungen kämpfen. Rheinland ist deutsche Volk! Darum rufen wir alle Berufsstände in Stadt und Land, alle Parteien und Verbände zum Pfalz- und Rheinland auf, zu einer Kundgebung der Brudertreu, zu einem deutschen Opfertag. Gewerbestener in Preußen.

Der Gläubige Ausschuss des Preussischen Landtages beschäftigt sich mit der vorläufigen Neuordnung der Gewerbesteuer. Die Vorlage schließt sich den Bestimmungen der zweiten Steuernotverordnung an. Danach beträgt der Steuer-Grundbetrag 15 % des Betrages, der als Vorauszahlung auf die Reichseinkommensteuer für das Einkommen aus gewerbesteuerpflichtigen Betrieben zu zahlen ist. Deutsche Erfordernisse in Finnland.

Dem finnischen Parlament liegt zurzeit ein Gesetzentwurf vor, welcher eine Entschädigung für die während der Kriegsjahre 1914-1917 erlittenen Schäden vorseit. Auslandsdeutsche, welche entweder in den Kriegsjahren 1914-1917 oder später durch den roten Aufruf in Finnland Schäden erlitten haben, werden aufgefordert, die Schäden beim Bund der Auslandsdeutschen, Berlin C. 2, Flocke-Strasse 75, unverzüglich anzumelden. Es ist mit einer Anmeldefrist bis zum 1. März 1924 zu rechnen.

## 3 Schlager



### Schuh Schenker Berlin

**Damenlackschuhe**  
entzückende Modelle in Pumps, Doppelpumpe, Seitenschnürung, Kreuzspanne, Sandaletts usw. Pompadour-Abs. **12.80**

**Damenschuhe**  
prima Box call zum Schürren, beliebte kurze, feste Strapazier-schuh, gewöhnlicher Absatz **7.95**

**Herrenstiefel**  
echt Rindbox, extra dauerhaft gearbeitet, feste Strapazier-schuh, als Winterstiefel geeignet, bequeme Form **10.90**

134 Invalidenstrasse 134

an der Gartenstrasse, 2 Minuten vom Stettiner Bahnhof.

Inserate in unserer Zeitung haben großen Erfolg.